

GEW-Tagung Schulleitung 18.03.2022 – Rede GEW-Landesvorsitzende Monika Stein

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Anwesende hier im Raum und online,

ich freue mich, dass Sie Zeit gefunden haben bzw. sich die Zeit nehmen, an unserem heutigen Schulleitungstag „Mangel verwalten – Schule gestalten?“ teilzunehmen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Sie haben hier Anliegen und Themen gehört, die Sie hoffentlich nachdenklich gemacht haben und die vor allem den dringenden Handlungsbedarf und die Notwendigkeit von Entlastungen klar machen.

Schulleitungen sind schon lange unter Druck. Wenig Entlastung, viel Verantwortung, wenig Anerkennung, immer neue Aufgabenfelder, Schulentwicklung, Personalführung, Personalmangel und vieles mehr haben dazu geführt, dass je nach Schulart und Standort freie Stellen von Schulleitungen oft über Jahre nicht besetzt werden konnten.

Corona seit 2 Jahren und jetzt dramatischerweise auch noch der Krieg in der Ukraine verschärfen die Situation noch mehr.

Ich muss Ihnen allen nicht erzählen, welche immense Mehrbelastung sich für Sie alle durch die Pandemie ergeben hat und immer noch ergibt.

Dennoch möchte ich ein bisschen aufzählen, was dazu kam, damit auch die Nicht-Schulleitungen hier im Raum und online wissen, wovon wir sprechen: Ständige Abstimmungen mit Elternvertretungen, Gesundheitsämtern, dem jeweiligen Schulträger, der Schulaufsicht und Lehrkräften. Immer wieder werden neue Regelungen der Landesregierung am Wochenende oder in den Ferien bekannt gegeben, zum Teil berichtet die Presse früher als die Mails an den Schulen ankommen. Diese Verordnungen müssen unter Zeitdruck gelesen, verstanden, kommuniziert und in die Tat umgesetzt werden. Meist sind Sie als Schulleitungen die Überbringer*innen dieser oft unwillkommenen Nachrichten. Sie müssen erklären, was die Änderungen genau bedeuten und bekommen oft ungefiltert den Frust ab, wenn jemand nicht zufrieden ist, was oft der Fall ist. Der Spagat zwischen denen, die sich mehr Vorsicht und Gesundheitsschutz wünschen und denen, die die meisten Maßnahmen übertrieben finden, muss bewältigt werden. Es gibt Eltern, denen die Aufhebung der Präsenzpflcht ein

Herzenseinliegen ist und die sie vehement fordern, andere leugnen Corona und lehnen jegliche Maßnahme ab. Zwischen diesen Polen bewegen sich an den meisten Schulen die Interessen der Eltern. Allen gerecht zu werden und die Erziehungspartnerschaft zu allen halten zu können, ist eine nicht zu bewältigende Mammutaufgabe. Viele Schulleitungen werden außerdem mit mehrseitigen Schreiben von Rechtsanwält*innen bombardiert. Ihnen wird angedroht, dass sie persönlich haftbar gemacht und zur Rechenschaft gezogen würden, wenn bestimmte Maßnahmen umgesetzt würden.

Die Schulleitungen sind letztlich auch dafür verantwortlich, die Bedürfnisse der Schüler*innen zu beachten: Einige kommen mit der schwierigen Situation recht gut klar, sie können sich den immer wieder anderen Regelungen gut anpassen und sind einfach froh um die Präsenz. Andere sind privat und schulisch so belastet, dass ihnen kaum Kraft für das Lernen, das soziale Miteinander und den geregelten Tagesablauf in der Schule bleibt. Die Landesregierung hatte beim Programm Rückenwind angekündigt, dass die sozial-emotionalen Bedarfe der Schüler*innen in den Blick genommen und die Schulen beim Stärken und Aufbauen der Schüler*innen unterstützt würden. Inzwischen sind viele Schulleitungen und Lehrkräfte enttäuscht und frustriert, weil die Erwartungen nicht erfüllt werden. Und weil es nicht gelungen ist, genügend qualifizierte Personen zum Ausgleich der fachlichen Folgen der Schulschließungen und des Schulbetriebs unter Pandemiebedingungen zu finden. Noch größer ist die Enttäuschung, dass qualifiziertes Personal für Angebote im sozial-emotionalen Bereich Mangelware ist und dass die schulpsychologischen Beratungsstellen hoffnungslos überlaufen und oft unterbesetzt sind. Von niederschwelligem Zugang vor Ort in den Schulen kann dabei nicht die Rede sein. Schulsozialarbeit kann dort, wo es sie gibt, sehr viel auffangen. Aber auch sie gibt es nicht flächendeckend und vor allem nicht ausreichend. Ausgebaut wurde sie bisher nicht. Dabei wäre das eine relativ einfache und wirksame Maßnahme um Schulen zu unterstützen. In einem Bundesland, dessen politische Verantwortliche die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen ständig betonen und nicht „hinten runter fallen lassen“ wollen, ist das kein haltbarer Zustand.

Der Spagat für die Schulleitungen ist enorm: Der Präsenzbetrieb pädagogisch mehr als sinnvoll, in den allermeisten Bereichen unverzichtbar und politisch gewollt. Gleichzeitig sehen wir die Ansteckungszahlen förmlich explodieren, die Aussagen der Politik, dass Schulen und Kitas zur kritischen Infrastruktur gehören, passen nicht zu den politischen Entscheidungen: Viele Schulen und viele Kitas sind noch nicht viel besser geschützt als vor einem Jahr. Wenige

Schulträger haben alle ihre Schulen mit Luftreinigungsgeräten ausgestattet, die die GEW zur Erhöhung der Sicherheit bereits seit Sommer 2020 fordert. Viele haben nur einige ausgesuchte Räume ausgestattet, manche kaum einen oder keinen. Es gibt die Tests, die viel Arbeit machen aber die Sicherheit kaum erhöhen, weil sie nicht verlässlich sind. Die allermeisten Lehrkräfte sind geimpft bzw geboostert, so dass die Sorge um die eigene Gesundheit nicht mehr ganz so drängend ist wie vor einem Jahr. Mittlerweile stellt das Land den Beschäftigten auch wieder FFP2-Masken zur Verfügung. Aber das Kultusministerium weigert sich immer noch, diese Masken als persönliche Schutzausrüstung anzuerkennen und damit die notwendigen Tragepausen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zu ermöglichen. Immer noch müssen Eltern die verpflichtenden Masken für ihre Kinder selbst bezahlen. Für Familien mit kleinem Geldbeutel eine nicht zu vernachlässigende Ausgabe, was manchen Masken auch anzusehen ist.

Und jetzt kam vor drei Wochen noch der Krieg in der Ukraine verschärfend dazu. Die Schüler*innen sind erschüttert, wie wir alle, von den Bildern und Informationen, die wir sehen. Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung werden dadurch zum Teil retraumatisiert und müssen aufgefangen und begleitet werden. An vielen Orten sind mittlerweile Geflüchtete aus der Ukraine angekommen. Sie stoßen auf völlig überlastete Schulen, sollen und wollen schnellstmöglich und unkompliziert aufgenommen werden. Damit die überwältigende Hilfsbereitschaft nicht zum Ausbrennen der letzten Kraftreserven führt, brauchen die Schulen schnellstmöglich Unterstützung. Das Kultusministerium hat schnell reagiert, hat noch in der Fasnachtswoche Informationen zur Verfügung gestellt, wie der Krieg kindgerecht thematisiert werden konnte. Aber eins kann das KM nicht: Lehrkräfte, die vorher schon nicht vorhanden waren, aus dem Hut zaubern. An vielen Schulen konnte der Bedarf an ausgebildeten Lehrkräften - häufig auch im Bereich Deutsch als Zweitsprache / Deutsch als Fremdsprache - vorher schon nicht erfüllt werden. Die vielen nicht ausgebildeten Lehrkräfte, die zum Glück bereit sind, uns zu unterstützen, bedeuten für die Schulleitungen und die Kolleg*innen aber immer auch Unterstützungsbedarf, der neben all der bereits existierenden Überlastung gedeckt werden muss. Zudem gibt es die Problematik, dass diese Personen nicht länger als sieben Mal befristet beschäftigt werden. Sie müssen dann gehen, obwohl genau sie jetzt doch eingearbeitet sind trotz meist fehlender Qualifizierungsangebote. Von der alljährlichen Entlassung vor den Sommerferien und Wiedereinstellung nach den Ferien ganz zu schweigen. Die nächste Person, die als nicht ausgebildete Lehrkraft eingestellt werden wird,

muss wieder von Anfang an eingearbeitet werden. Die beeindruckende Hilfsbereitschaft wird vermutlich dazu führen, dass auf dem Portal des KM, das zeitnah freigeschaltet werden wird, sich viele freiwillige Helfer*innen eintragen werden, die bereit sind aus dem Ruhestand zurückzukehren, um Unterricht zu halten oder die als nicht ausgebildete Lehrkräfte unterstützen wollen. Das ist gut und wichtig. Sie müssen aber Qualifizierungsangebote bekommen, Deutsch als Zweitsprache/ Deutsch als Fremdsprache kann niemand aus dem Ärmel schütteln. Das bedeutet wieder Organisieren von Vertretungsunterricht für die Schulleitungen. Wir werden zusätzliche Klassen brauchen – und je nach Ort werden das nicht wenige sein. Wichtig ist, dass an diesen Orten, an denen viele Geflüchtete ankommen, zeitnah neue Klassen aufgemacht werden. All das heißt aber, das will ich deutlich sagen, wieder Mehrbelastungen für Sie, die Schulleitungen.

Die GEW fordert schon lange, Schulleitungsstellen attraktiver zu gestalten. Zahlreiche Rückmeldungen von Schulleitungen und aus der Schulaufsicht machen deutlich, wie viele Schulleitungen ans Aufhören denken. Sie schätzen die Arbeit an und für ihre Schule. Aber viele sind am Ende ihrer Kräfte, zum Teil auch ausgebrannt. Schule ist ein Lebens- und Entwicklungsraum für Kinder und Jugendliche, die fürs Leben lernen und auf dem Weg in ein selbst bestimmtes Leben begleitet werden sollen. Schule ist ein Arbeitsplatz für viele Menschen unterschiedlichster Professionen, denen gute Arbeitsbedingungen geboten werden müssen, damit sie den Kindern und Jugendlichen gute Begleitungen und Vorbilder sein können.

Schule ist aber auch ein Arbeitsplatz für Schulleitungen, die nicht verheizt werden dürfen, weil sie ihre Aufgaben so ernst nehmen, dass sie für ihre eigenen Bedürfnisse nicht lautstark eintreten. Die Aufgabe des Landes als Arbeitgeber der Schulleitungen ist es, ihnen Fürsorge entgegen zu bringen und sie nicht zu überfordern mit Aufgaben und Ansprüchen, die nicht erfüllbar sind. Daher brauchen Schulleitungen jetzt schnellstmöglich Entlastungen: Durch mehr Freistellung von Unterrichtsverpflichtung, um den vielfältigen besonderen Anforderungen dieser herausfordernden Zeit gerecht werden zu können. Vor allem brauchen Schulleitungen aber die Anerkennung durch ihren Arbeitgeber, dass sie deutlich über ihre Kräfte arbeiten – und das nicht erst seit Beginn der Pandemie vor zwei Jahren.

Im Schulleitungskonzept, das Ihre Vorgängerin, Frau Ministerin Schopper, im September 2018 auf den Weg gebracht hat, war eine Erhöhung der Leitungszeit

vorgesehen, die Sie mit den jetzt 160 im Haushalt berücksichtigten Stellen statt der im Schulleitungskonzept kalkulierten 356 Stellen nicht erreichen.

Die GEW fordert, dass mindestens die volle Umsetzung des Konzepts stattfindet, inklusive der Ausweitung der Verwaltungsassistenz für große Schulen (ab 1000 SuS), der Ausweitung der Sekretariatskapazität und der Erhöhung des allgemeinen Entlastungskontingents, das die Rücknahme der Kürzung vom 1.8.2014 um durchschnittlich 14% bedeutete.

Das KM benennt selbst „dass es sich bei Schulleitungstätigkeit um eine äußerst verantwortungsvolle, einflussreiche, interessante und mit Gestaltungsspielraum und Gestaltungsauftrag ausgestattete Tätigkeit handelt.“ Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sind die passenden Arbeitsbedingungen notwendig. Diese auskömmlichen Arbeitsbedingungen müssen Sie, Frau Schopper, als unsere Kultusministerin ermöglichen und vermutlich innerhalb der Landesregierung auch dafür werben und streiten. Dafür wünschen wir alle Ihnen viel Erfolg.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit